

UZ-Seminar zum „X.“

- Welche Bedeutung haben die Kennziffern der Leistungsbewertung?
- Was kennzeichnet den gegenwärtigen Kampf gegen den Imperialismus?



Bessere Wohnbedingungen für 15 000 Bürger: Das größte Jugendobjekt der FDJ-Initiative Berlin, Neubaugebiet Kaulsdorf-Nord.
Foto: ADN-ZB (Zimmermann)

Die Materialien und Beschlüsse des X. Parteitages der SED verlangen auch für die dort gegebene Einschätzung der internationalen Lage wie für die vorgenommene Imperialismus-Analyse ein tiefgründiges wissenschaftliches Verständnis aus komplexer Sicht. Dabei knüpfen die Analysen des X. Parteitages zur internationalen Lage und zur Imperialismus-Entwicklung kontinuierlich an die Einschätzungen des IX. Parteitages der SED, an die entsprechenden zwischenzeitlichen Einschätzungen auf den Plenartagungen des ZK und an die Ausführungen des Generalsekretärs, Genossen Erich Honecker, auf den stützenden Beratungen mit den I. Kreissekretären bzw. auf anderen propagandistischen Großveranstaltungen auf Bezirksebene an. Die präzisiertere wissenschaftliche Einschätzung der internationalen Lage, wie sie der X. Parteitag der SED in Übereinstimmung mit dem XXVI. Parteitag der KPdSU gegeben hat, basiert auf der Anerkennung der beiden gegenläufigen Grundtendenzen der internationalen Entwicklung. Sie ist sowohl gekennzeichnet durch eine realistische Hervorhebung der Erfolge des Sozialismus im Kampf

gegen den Imperialismus wie durch eine eindringliche Darstellung der vom Imperialismus ausgehenden ersten Gefahren für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Frieden.

Insgesamt ist damit eine weltpolitische Situation entstanden, daß der „Kampf für Sozialismus und Frieden, für die nationale Befreiung der Völker, für ihre Unabhängigkeit, gegen den Imperialismus... ein neues Stadium erreicht“ hat (Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED, Berichtstatter: Erich Honecker, Berlin 1981, S. 11). Dieses neue Stadium des Kampfes gegen den Imperialismus drückt sich auch darin aus, daß der Imperialismus weitere Herrschafts- und Einflußgebiete verlor und schwere Niederlagen in Asien, in Afrika und Lateinamerika hinnehmen mußte.

Niederlagen und Gefährlichkeit des Imperialismus

Teil I: Neues Stadium des Kampfes gegen den Imperialismus

gegen den Imperialismus wie durch eine eindringliche Darstellung der vom Imperialismus ausgehenden ersten Gefahren für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Frieden.

Positionsverluste und Aggressivität des Imperialismus

Die Zurückdrängung des Einflusses des Imperialismus als Resultat des veränderten Weltkräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus ist überhaupt ein Schlüsselproblem zum Verstehen wesentlicher Prozesse der gegenwärtigen Imperialismus-Entwicklung. Gerade hier sind sozialökonomische Wurzeln und Triebkräfte des derzeitigen Konfrontationskurses der aggressiven Kreise des Imperialismus zu suchen.

Die Aggressivität des Imperialismus liegt natürlich ständig in seinem innersten Wesen begründet. Tatsache ist jedoch, daß die imperialistische Aggressivität sich immer dann zu besonders abenteuerlichen und wütenden Exzessen steigert, wenn es dem Imperialismus darum geht, verlorengegangene Boden zurückzugewinnen und Niederlagen rückgängig zu machen. Und wir haben keinen Grund, die in dieser Situation vom Imperialismus ausgehende Gefahr angesichts der ihm noch zu Gebote stehenden Mittel, Kräfte und Potenzen auch nur im geringsten zu unterschätzen, noch dazu, wenn es sich um einen so verschlagenen und so erfahrenen Gegner handelt, der die Realitäten der internationalen Lage in gefährlicher Weise verkümmert, der mit aller Macht und allen Ränken nach militärischer Überlegenheit strebt, der sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, der letztlich den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung „eindämmen“ will, und der die Schwelle eines neuen Abschnittes der Vertiefung der allgemeinen Krise seines Systems überschritten hat.

Nur die auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU, auf dem X. Parteitag der SED und auf den Parteitagen der Bruderparteien beschlossenen und umzusetzenden Maßnahmen der ökonomischen und politischen Stärkung des Sozialismus und der Erhöhung seiner Verteidigungskraft durchkreuzen die aggressiven Pläne des Imperialismus und lassen die Worte des Außenministers der DDR, Gen. Oskar Fischer, zur Wirklichkeit werden: „Die Stimme der Völker, die Aktion der Millionen vom Krieg bedrohten Massen kann und wird ihn (den Frieden – F. H.) erzwingen.“

Prof. Dr. sc. F. Holzappel, Sektion Wirtschaftswissenschaften

Erfolge von historischer Tragweite im Kampf um Fortschritt und Frieden

Gehört es mit zum strategischen Kampfziel des Imperialismus, durch ideologische Kriegsführung an der „A-Front“ Kopflosigkeit und Panik zu verbreiten, um die Menschen im Sozialismus nach Möglichkeit zu verunsichern und von der Erfüllung ihrer hohen Aufgaben der entwickelten sozialistischen Gesellschaft abzuhalten, so stellt demgegenüber der X. Parteitag der SED die sachliche und nüchterne Bewertung der im konsequenten Kampf gegen den Imperialismus erzwungenen Erfolge heraus, ohne die vom Imperialismus ausgehenden Gefahren zu unterschätzen. Ausgehend vor allem von der Tatsache, daß es gelang, den unheilvollen imperialistischen Zyklus Krieg-Frieden-Krieg, wie er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschte, zu durchbrechen, indem in den letzten 36 Jahren ein Weltkrieg verhindert werden konnte, gab die Parteiführung die Orientierung: Nach wie vor ist die positive Grundtendenz der Weltentwicklung die bestimmende. Gerade diese Einschätzung muß jedoch von ihrer Begründung her begriffen werden.

Der Sozialismus beeinflusst heute als die stärkste friedenssichernde Kraft maßgeblich die Grundtendenzen der internationalen Entwicklung. Das um so mehr, da die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Gemeinschaft in den 70er Jahren in einem solchen Maße erstärkte, so daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt qualitativ weiter zugunsten des Sozialismus veränderte. Endgültig hat damit der Imperialismus seine Voherrschaft in der Welt eingebüßt. In diesem Sinne unterstrich Genosse Erich Honecker in der Schlussansprache an den X. Parteitag der SED noch einmal, daß „der Sozialismus den Gang der Weltgeschichte entscheidend beeinflusst“.

Wie auch Genosse Oskar Fischer in der Diskussion begründete, ist es heute nicht mehr zwangsläufig, daß sich die Kräfte des Krieges durchsetzen, und es bleibt hervor: „Heute bestehen reale Chancen, den Frieden zu erzwingen.“ Darüber hinaus hat sich in den 70er Jahren die Einbeil der drei revolutionären

Kennziffern, die das Wachstum stimulieren

Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfordert die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes. Durch die intensiv erweiterte Reproduktion, die weitere Erhöhung der ökonomischen Leistungskraft und damit durch eine entscheidende Verbesserung der Verhältnisse von Ergebnis und Aufwand in der gesamten Volkswirtschaft werden hierzu die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Ein wesentliches Instrument für die Leitung und Planung dieser Prozesse sind die Kennziffern, mit denen die zu erreichenden Ziele im Plan festgelegt werden und die Kontrolle über die erzielten Ergebnisse ausübt wird. Die Funktionen der Kennziffern in Planung, Rechnungsführung und Statistik erfordern es, daß die anzuwendenden Kennziffern ständig mit den objektiven ökonomischen Bedingungen übereinstimmen, wobei die Kennziffern nicht nur die Funktion der quantitativen Widerspiegelung der ökonomischen Prozesse haben, sondern ihrerseits wiederum aktiv auf die gesamte Wirtschaftstätigkeit zurückwirken. In diesem Zusammenhang besitzen die Kennziffern über die Produktion der Industrie im Preisausdruck eine große Bedeutung. Mit diesen Kennziffern werden die zu erzielenden und erzielten Resultate der Produktion in der Industrie wiederspiegelt. Sie sind damit ein wichtiger Ausdruck des Ergebnisses des Produktionsprozesses. Gleichzeitig werden sie damit ein wesentliches Element für die Beurteilung der Effektivität der Tätigkeit in der Industrie, weil der Wirkungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit nur durch eine Gegenüberstellung von Ergebnis und Aufwand erkennbar und quantifizierbar gemacht werden kann.



Im Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag der SED führte Genosse Erich Honecker aus: „Besonders Gewicht messen wir den Kennziffern der ‚Warenproduktion‘, der ‚Nettoproduktion‘ und der ‚Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion‘. Es heißt, sie in ihrem Zusammenhang zu bewerten: Gena so ermöglichen sie, den Leistungszuwachs der Kombinate und Betriebe umfassend zu beurteilen.“ Die Warenproduktion ist und bleibt der unbestechliche Gradmesser für den Umfang des erzeugten materiellen Gesamtprodukts. Die Hunderte Milliarden Mark seines Wertes haben die stoffliche Gestalt von Material, Ausrüstungen, Konsumgütern und Exportwaren, die dazu dienen, den volkswirtschaftlichen und den persönlichen Bedarf von Verbrauchern und Arbeitskräften in hoher Qualität immer besser zu decken. Doch die Kennziffer Warenproduktion – allein betrachtet – spiegelt nicht unbedingt die Intensivierungsschritte wider. Sie wächst beispielsweise auch dann, wenn ein Betrieb mehr Material verbraucht als es den wissenschaftlich-technisch begründeten Einmalnormativen entspricht oder eine aufgebühten Kooperation mit anderen Kombinat oder Betrieben hat. Der Volkswirtschaft bringt das natürlich Effektivitätsverluste, nämlich Leistungszuwachs an Gebrauchsgütern, wohl aber ungerechtfertigte Aufwandssteigerungen. Abstriche von Nationalerträgen, die auf Kosten aller gehen.

Mit der Kennziffer Nettoproduktion, die umfaßt etwas vereinfacht betrachtet, den Beitrag des Kombinate oder Betriebes zum Nationalertrag, also den geschaffenen Neuwert, wird der Anteil der einzelnen Produktionseinheiten an der

Doz. Dr. sc. E. Zeipert, Sektion Wirtschaftswissenschaften

Maßnahmen zur Intensivierung und zum Schutz der Bodennutzung

Eingeordnet in die Aufgabenstellung für die Landwirtschaft, die Bevölkerung auch künftig stabil mit Nahrungsgütern und die Industrie mit Agrarrohstoffen zu versorgen, ist die im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag wie in der Direktive des X. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 enthaltene Forderung, der rationellen Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens größte Aufmerksamkeit zu schenken und den Entzug von Boden für andere Zwecke auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Dazu sind – auch dies wird in Rechenschaftsbericht und Direktive festgestellt – die neuen gesetzlichen Regelungen konsequent anzuwenden. (Vgl. Abschnitt III des Rechenschaftsberichts in: ND vom 12. April 1981 S. 8. bzw. Dietz Verlag Berlin 1981 S. 71/72; Abschnitt III der Direktive, in: ND vom 18./19. April 1981, S. 5). Um welche Regelungen geht es dabei?

Im vorliegenden Zusammenhang geht es vor allem um die neue Bodennutzungsverordnung vom 26. Februar 1981 (GBl. I, Nr. 10, S. 116). Das Grundanliegen dieser gesetzlichen Regelung ist, mit rechtlichen Mitteln noch stärker Einfluß darauf zu nehmen, daß durch die LPG, GPG, VEG und deren kooperative Einrichtungen jeder Quadratmeter Boden rationell genutzt und jede Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Nutzung bzw. erst recht jeder zeitweilige oder ständige Entzug von Boden für andere Zwecke – sei es durch Betriebe und Einrichtungen außerhalb der Landwirtschaft oder durch Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen der sozialistischen Landwirtschaft selbst – weitgehend eingeschränkt wird.

Im Unterschied zu den früheren rechtlichen Regelungen müssen Leiter und leitende Mitarbeiter von LPG, GPG, VEG und deren kooperativen Einrichtungen künftig, wenn sie Bodenflächen (z. B. sog. „Rest- und Splitterflächen“) ungenutzt lassen, mit staatlichen Sanktionen (Ordnungsstrafen) rechnen. Das gleiche gilt für Bürger (einschl. Angehörige von Betrieben), die ohne Genehmigung des sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes außerhalb von Straßen und Wegen landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzflächen befahren. Nichtlandwirtschaftliche Nutzer haben, wenn sie Bodenflächen ohne staatliche Zustimmung und ohne Vertrag mit dem sozialistischen Landwirtschaftsbetrieb bzw. über den vereinbarten Umfang hinaus oder zu einem früheren als dem zulässigen Zeitpunkt der bis-

herigen Nutzung entziehen, zusätzlich zur planmäßigen Bodennutzungsgebühr – die bekanntlich etwa das Hundertfache des Kaufpreises für das betreffende landwirtschaftliche Grundstück beträgt, eine erhöhte (zehnfache) Bodennutzungsgebühr für die unrichtig entzogene Bodenfläche an den Staatshaushalt abzuführen. Bei Nichteinhalten der festgelegten oder vereinbarten Qualität im Zusammenhang mit der Rückgabe von zeitweilig entzogenen Bodenflächen oder bei Nichteinhalten der im Plan der Wiederurbarmachung festgelegten Qualitätsanforderungen bezüglich des nach beendeter Gewinnung mineralischer Rohstoffe im Tagebau (z. B. Braunkohlentagebau) zurückgegebenen Bodens trägt die zusätzlich an den Staatshaushalt abzuführende Bodennutzungsgebühr je Hektar 100 000 Mark, bei nichtermessensmäßiger Rückgabe je Hektar und Jahr weitere 50 000 Mark. Dem wirksameren Schutz der land- und forst- und binnenfischereiwirtschaftlichen Bodennutzung dient auch die Festlegung, daß der ständige Entzug von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen bzw. binnenfischereiwirtschaftlich genutzten Gewässern für Deponien, Baustelleneinrichtungen, Lagerplätze und Garagen grundsätzlich unzulässig ist. In gleicher Richtung ist zu sehen, daß künftig der Entzug von Ackerland, Obstanlagen, bewässertem Grünland, Kleingartenanlagen des VKSK, Baumschulen, forstwirtschaftlichen Plantagen, Elitesaatgutträgern und Versuchsflächen, Waldumwandlungsbeständen in Immissionschutzgebieten sowie industriemäßigen Anlagen der Fischproduktion und Teichwirtschaften – sofern nicht standortgebundene Investitionen (z. B. Braunkohlentagebau, Errichtung von Wasserspeichern u. ä.) dies erfordern – grundsätzlich nicht mehr zulässig ist. Volkswirtschaftlich begründete Ausnahmefälle muß der Rat des Bezirkes, bei Entzug von Ackerland im Umfang bis 0,25 ha für notwendige Standorte des Sozial- und Wohnungsbau bei erfolgter Delegation dieser Befugnis ggf. der Rat des Kreises durch Beschluß bestätigen. Eine neue rechtliche Stellung erlangen auch die bei den Räten der Kreise – und ggf. auch bei den Räten der Städte und Gemeinden – zu bildenden Bodenkommmissionen. Sie tragen künftig durch ihre weitreichenden Kontrollbefugnisse gem. Paragraph 7 Bodennutzungs-VO wesentlich dazu bei, daß die Mängel bezüglich der rationalen Bodennutzung beseitigt und die dafür Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden.

WB „LPG- und Bodenrecht“, Sektion Rechtswissenschaften



Frühjahrsarbeiten der Genossenschaftsbauern und Mechanisatoren in den Gebirgslagen des Bezirkes Dresden. Hohe Tagesleistungen wurden hier auf einem Schlag der LPG „Oberes Elbtal“ in Schöna/Sächsische Schweiz erreicht. Im Hintergrund der 385 Meter hohe Zirkelstein.

Foto: ADN/ZB (Häßler); Grafik: ADN/ZB